

Deshalb ist es richtig, dass wir im Bundesrat in dieser Woche darüber entscheiden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird hierzu eine vernünftige Position einnehmen, die auf der einen Seite sicherstellt, dass dem Gesetz Genüge getan wird und dass die Gebühreneinnahmen erzielt werden, und auf der anderen Seite dafür sorgt, dass die Flughäfen und die Luftverkehrsgesellschaften nicht überfordert werden und dass Anpassungen in einem vernünftigen Zeitrahmen stattfinden können.

Das alles ist kein Hexenwerk, das ist normales und vernünftiges Regierungshandeln. Dazu braucht es diesen Antrag der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, mit dem sie die Oppositionsrolle gegenüber der FDP in der Bundesregierung einnimmt, wirklich nicht, meine Damen und Herren. Deshalb schlägt die Landesregierung vor, ihn abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/7204. Wer stimmt dem zu? – Das sind FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/7204** wie gerade festgestellt **abgelehnt**. Der fraktionslose Abgeordnete hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Bevor ich nun den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, rufe ich noch einmal den Tagesordnungspunkt 7 auf und gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt (*siehe Anlage 3*):

Ihre Stimme abgegeben haben 163 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 58 Abgeordnete. Mit Nein stimmten 93 Abgeordnete. Der Stimme enthalten haben sich 12 Abgeordnete. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/7199 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

9 Einrichtung einer Professur für Makrokriminalität in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/7212

Ich eröffne die Aussprache, und als Erstes spricht für die AfD Professor Zerbin.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahr 1989 rief Francis Fukuyama das Ende der Geschichte aus. Der Kommunismus sei tot, die Demokratie habe endgültig gesiegt. Für die damalige junge Generation, die wie ich in den 1970er-Jahren geboren wurde, spiegelte dieses Zitat den Zeitgeist wider. Mit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes war die Hoffnung verbunden, dass die Welt automatisch immer friedlicher und gerechter werden würde.

Präsident André Kuper: Herr Professor Zerbin, ich müsste Sie einmal stören. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD. Lassen Sie die zu?

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Das würde ich gerne am Ende machen. Ich habe ja gerade erst angefangen, und so viel habe ich noch gar nicht gesagt.

Präsident André Kuper: Gut.

(Zuruf von der SPD)

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Was ist aus dieser Hoffnung geworden? Wir erleben eine Welt mit multipolaren Konflikten. Im Gegensatz zum Kalten Krieg sind diese heiß und blutig geworden. Auch um die Gerechtigkeit ist es nicht besser bestellt. Als kriminell werden diejenigen stigmatisiert, die schwach sind oder über keine Lobby verfügen.

Der Ukraine-Krieg zeigt, dass im 21. Jahrhundert bestialische Kriegsverbrechen nach wie vor Teil eines bewaffneten Konfliktes sein können. Das zeigt auch das Schicksal von israelischen Zivilisten, insbesondere von Frauen und Kindern, am 7. Oktober dieses Jahres. Die Reaktionen darauf auch auf deutschen Straßen spiegeln wider, dass der westliche linksgrüne Zeitgeist der letzten 30 Jahre keine bessere Welt geschaffen hat.

Worte sind billig, und Sonntagsreden haben eine geringe Halbwertszeit. Wir in Deutschland können die Welt nicht alleine retten – weder mit der Einstellung der Kernenergie noch mit einer infantilen Außenpolitik. Was sollte daher unsere Verantwortung sein? Sie muss darin liegen, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, die Welt ein Stück besser zu machen. Von einem Deutschland, was sich selbst abschafft, hat niemand etwas.

Wissenschaft ist insbesondere Ländersache. NRW ist mit Abstand das größte Land der Bundesrepublik. Wenn nicht hier, wo sonst sollte ein Impuls gegeben werden, die Welt etwas friedlicher und gerechter werden zu lassen? Die internationale Strafgerichtsbarkeit steckt noch in den Kinderschuhen. Der Strafgerichtshof in Den Haag ist abhängig vom politischen

Willen der Mächtigen und damit in Teilen dysfunktional.

Was kann jetzt von uns hier vor Ort getan werden? Anstatt billiger Worte kann etwas Reales umgesetzt werden, beispielsweise eine W3-Professur, die die Phänomene kollektiver Gewalt, im Fachjargon „Makrokriminalität“ genannt, sammelt und ideologiefrei auswertet. Damit kann wichtige Grundlagenforschung geschaffen werden, die die Gesellschaft bei dem Phänomen kollektiver Gewalt in den Bereichen „Prävention“ und „Repression“ weiterentwickelt. Wir können uns aus Bordinstrumenten dieses Zukunftsprojekt leisten. Entsprechende Sparmöglichkeiten zur Gegenfinanzierung haben wir als Vorschlag bereits in den Haushalt 2024 eingebracht.

Wir können etwas tun, wenn wir es wollen. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, wie es die SPD, Herr Bakum, gerne macht, bringt die Gesellschaft nicht weiter. Im Gegenteil, es zeigen immer drei Finger auf einen selbst.

(Rodion Bakum [SPD]: Warten Sie mal ab!)

Die Weltfremdheit der SPD konnte man beispielsweise am letzten Wochenende auf ihrem Parteitag beobachten. Wer nicht in der Lage ist, Probleme anzupacken, sondern nur hochmoralisch und selbstgerecht daherquasselt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

(Beifall von der AfD)

Der linksgrüne Zeitgeist ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Eine seriöse CDU hätte das auch schon vor Jahren erkennen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, CDU, FDP, SPD und die Grünen werden gleich wieder fadenscheinige Argumente finden, um unseren Antrag zu diskreditieren – meist auch persönlicher Art. Diese Art von Politik ist nicht nur demokratiefeindlich, sondern hilft auch nicht weiter.

(Zuruf von der SPD: Uiuui!)

In den wichtigen Politikfeldern wie „innere Sicherheit“, „Migration“ oder „Energie“ lagen Sie in den letzten Jahren meistens falsch. Daher kann ich Ihnen nur zurufen: Lassen Sie die Schicksale von Menschen, insbesondere in Deutschland, nicht an Ihrer Brandmauer verbrennen, sondern treten Sie ein in einen konstruktiven Dialog und in einen Wettstreit um die besten Ideen, die unser Land wirklich nach vorne bringen, damit wir keine Lachnummer, sondern Vorbild für andere sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Wir haben jetzt eine angemeldete Kurzintervention aus den Reihen der SPD. Auf dem Platz von Herrn Schmeltzer sitzt Herr Kollege Bakum.

Rodion Bakum (SPD): Herr Präsident! Herr Zerbin, ich mache mir wirklich Sorgen um Ihre Studierenden. Sie sind Professor an der Northern Business School, die das Motto hat: Das Studium, das ins Leben passt. – Wie können Sie als Professor dieser Hochschule Anträge schreiben und hier Reden vortragen, die nicht ins Leben passen, vor allem die Ihrer eigenen Partei? Sie sprechen mit gespaltener Zunge. Ich gebe nur wenige Beispiele:

Während Sie hier vorgeben, sich um Menschenrechte zu kümmern, ruft Ihr ehemaliger Landesvorsitzender, Rüdiger Lucassen, im Bundestag zum Schlachten auf, indem er der israelischen Armee im Krieg „eine gute Jagd und fette Beute“ wünscht. Gleichzeitig haben Sie einen sächsischen Kollegen, der aussichtsreich für das Europaparlament kandidiert, Siegbert Droese, der sagt: „Die deutschen Schreihälse, die nun die volle Härte im Gaza-Konflikt verlangen,“ sollten „mal anfangen, nachzudenken, und ab sofort leiser plärren.“ Zur gleichen Zeit versucht sich Ihr Bundesvorsitzender Tino Chrupalla als Diplomat, indem er die israelischen zivilen Opfer gleichwertig zu den getöteten Hamas-Terroristen als „Kriegstote“ entwürdigt. Und Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Vincentz hat es gestern im Stadtrat von Krefeld nicht einmal geschafft, einem Mahnmal gegen Rassismus, einer Gedenkstätte für NSU-Opfer, zuzustimmen.

Haben Sie doch mal den Mut zur Wahrheit! Sie sind nicht nur eine Partei der Spalter. Sie sind vor allem eine gesplattene Partei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Ich habe es ja vorausgesagt, Herr Bakum. Ich weiß nicht, was meine Hochschule damit zu tun hat. Das ist so persönlich. Das ist ja ekelhaft, was Sie hier machen.

(Beifall von der AfD – Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Wissen Sie, was mir imponiert? Am 31. Januar 2014 war ich auf dem Maidan.

(Rodion Bakum [SPD]: Da komme ich her!)

– Genau. Da habe ich wirklich tolle Ärzte kennengelernt, die nicht eine große Klappe haben, sondern die was machen. Das würde mir imponieren und nicht so persönliche Dinge, die Sie hier anbringen.

(Beifall von der AfD und Zuruf: So!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. Ich muss darauf hinweisen: Es gab noch den Versuch einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD. Aber der Redner hatte ja vorhin erklärt, keine Zwischenfrage zu lassen zu wollen. Deshalb war das nicht möglich.

Das können wir nicht weiter berücksichtigen. – Als Nächstes spricht für die CDU die Kollegin Fohn.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Annika Fohn (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten beiden Jahren sind Gewalt, Terror und Krieg für uns leider allgegenwärtig geworden, zum einen durch den schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und zum anderen durch den abscheulichen Terror der Hamas.

Es sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die wir zutiefst verurteilen. Um Gewalt und Konflikten begegnen zu können, bedarf es auch wissenschaftlicher Erkenntnisse. Unsere starke Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen liefert bereits mit einer hohen interdisziplinären Expertise einen großen Beitrag zur internationalen Friedens- und Konfliktforschung, etwa an der Universität Bielefeld das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, an der Universität Duisburg-Essen das Institut für Entwicklung und Frieden, an der Ruhr-Universität Bochum das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, in Bonn das International Centre for Conflict Studies, das Teil der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft ist, oder das Forschungskonsortium VeSPoTec der RWTH Aachen, des Forschungszentrums Jülich und der Universität Duisburg-Essen.

Wenn man in den Bereich der Kriminologie schaut, sind wir dort ebenfalls bestens aufgestellt, unter anderem mit dem Netzwerk der Kriminologie in Nordrhein-Westfalen. An diesem Netzwerk sind zahlreiche Institutionen beteiligt, etwa Universitäten und Fachhochschulen in etlichen Städten von Aachen über Bonn bis Münster oder Siegen, aber natürlich auch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalens mit ihren Standorten Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen oder Köln.

Auch wenn ich jetzt nur ein paar Beispiele genannt habe, wird deutlich, dass wir bereits einiges an Expertise in Nordrhein-Westfalen zu bieten haben. Die Komplexität der internationalen Friedens- und Konfliktforschung und der Bereich der Kriminologie erfordern eine möglichst breite Aufstellung und dabei eine hohe Interdisziplinarität.

Präsident André Kuper: Liebe Kollegin, ich muss Sie einmal stören. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der AfD. Möchten Sie die zulassen?

Annika Fohn (CDU): Nein, die möchte ich nicht zulassen. – Daher hat sich die Zukunftscoalition unter

anderem das Ziel gesetzt, den Bereich der Friedens- und Konfliktforschung weiter zu stärken.

Dabei ist es uns aber wichtig, dass die inhaltliche Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung nicht aus den Reihen der Politik vorgegeben werden. Wir wollen ganz im Sinne der Hochschulfreiheit, der Hochschulautonomie und der Wissenschaftsfreiheit, dass die Expertinnen und Experten in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Forschungsschwerpunkte definieren. Daher ist der vorliegende Antrag obsolet.

Ich glaube, das war sachlich genug. Wir stimmen der Überweisung an den Wissenschaftsausschuss zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Herr Bakum.

Rodion Bakum (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haben Sie es eigentlich schon gewusst? Das Mullahregime im Iran hat ein Ministerium, das sich um Frauenrechte kümmert. Die Hamas ist nach Art. 31 der eigenen Charta eine humane Organisation, die die Menschenrechte achtet. Und die AfD in Nordrhein-Westfalen zeigt sich besorgt um das Völkerrecht und die Versöhnung der Völker. Das ist alles wahr und trotzdem kaum zu glauben. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man lachen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

– Zu Ihnen komme ich gleich noch, Herr Blex; Sie habe ich auch in meiner Rede.

(Heiterkeit von der SPD)

Wir brauchen in Deutschland wie in vielen anderen Ländern der Welt eine interdisziplinäre Forschung

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

zum Völkerstrafrecht in der kriminologischen Aufarbeitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Genau aus diesem Grund hat die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag – auf Seite 108 nachzulesen – die Schaffung einer unabhängigen interdisziplinären Bundesakademie für Sicherheits- und Kriminalforschung vereinbart. Es gibt bereits eine Machbarkeitsstudie und die Finanzierung zur Umsetzung. Einen Antrag der AfD-Fraktion in einem Landesparlament braucht es dafür nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber meint die AfD das eigentlich ernst, eine Partei, die sich nicht entscheiden kann, wer die Verantwortung für Kriegsverbrechen trägt – Russland oder die

Ukraine –, eine Partei, die sich nicht entscheiden kann, ob die jüdischen Opfer des Hamas-Terrors Mordopfer oder nicht doch den Terroristen gleichwertige Kriegstote sind?

Schauen wir mal in die AfD-Fraktion hier im Landtag. Gestern wurde die Junge Alternative NRW zum rechtsextremen Verdachtsfall erklärt. Hinter diesem rechtsextremen Verdachtsfall sind keine anonymen Personen; sie haben Namen und auch Gesichter. Sie sitzen hier und arbeiten in diesem Parlament. Die Wölfe haben ihren Schafspelz längst abgelegt.

(Beifall von der SPD)

Da wären zum Beispiel Sven Tritschler, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, Carlo Clemens, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, Zacharias Schalley, sechs Jahre Mitglied des Landesvorstands der Jungen Alternative in NRW. Wo sind die eigentlich? Sind die schon abgetaucht?

Wenn ich mal in die letzte Reihe gucke: Dominic Fiedler, ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, winkt mir gerade freundlich zu, Fraktionsvorsitzender in Mülheim an der Ruhr und Referent von Herrn Zerbin im Wissenschaftsausschuss.

Was können wir von Rechtsextremen in Sachen „Völkerrecht“ eigentlich erwarten? Herr Clemens – leider gerade nicht auf seinem Platz –

(Andreas Keith [AfD]: Von Ihnen sind doch auch schon viele nicht mehr da!)

hat einst auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative beantragt, den Holocaust als historische Schuld des Naziterrors und zentralen Bestandteil der deutschen Geschichte anzuerkennen. Bravo! Was ist aus dem Antrag geworden? Der wurde zurückgezogen mit der Begründung, dass man solche sensiblen Themen an einem Sonntag nicht diskutiert. Gott sei Dank ist heute Mittwoch, dann können wir auch über solche Themen kritisch diskutieren. Der Höcke-Faschismus verharmlost den Holocaust von montags bis sonntags an 365 Tagen im Jahr.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Aber das Beste kommt noch: Die AfD in NRW behauptet ja, sich von russischen Kriegsverbrechern zu distanzieren, während Herr Blex mich filmt, Herr Präsident. Dabei sitzt in ihren Reihen der genannte Herr Blex ab Januar auch ganz offiziell wieder,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

der „Russlandblexperte“ der AfD-Fraktion, der ohne Scham zum Gaffen in Kriegsgebiete fährt und Kriegsverbrechern die Hand schüttelt.

(Widerspruch von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Putin ist Ihr Schutzpatron, und Sie sind seine Patrone. Sie sind eine Schande für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos] – Christian Loose [AfD]: Lass die Fantabrüder da mal reden! – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Ich habe gehört, es gibt eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

Präsident André Kuper: Es wird gerade geklärt, was es ist, ob eine Zwischenfrage oder eine Kurzintervention. Wenn von dort nun „Zwischenfrage“ gesagt wird, dann bitte.

Thorsten Klute (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Kollege Bakum, können Sie uns als Osteuropaexperte bitte im Zusammenhang mit Makrokriminalität über die belarussische liberaldemokratische Partei aufklären, deren Werbeatikel gestern im Fraktionssaal der AfD gefunden wurden?

Rodion Bakum (SPD): Vielen Dank für die Frage, werter Herr Kollege Klute. Das tue ich sehr gern.

Die liberaldemokratische Partei in Belarus ist eine jüdenhassende, demokratiefeindliche und rassistische Partei, die das Ziel hat, Belarus und Russland zu vereinen und die Sowjetunion wieder aufleben zu lassen. Diese Partei hatte bei der letzten Parlamentswahl in Belarus 5,4 %. Die AfD in Nordrhein-Westfalen hatte bei der letzten Wahl auch 5,4 %. Das heißt, die sind in Größe und Kleingeistigkeit verbunden.

(Beifall von der SPD)

Aber am schlimmsten ist, dass diese Partei den belarussischen Präsidenten Lukaschenko unterstützt, einen Präsidenten, der sein eigenes Volk niedergeknüppelt, einsperrt, tötet, Wahlen manipuliert und der von sich sagt, er würde sich vor Juden verneigen, weil sie die Welt kontrollieren würden. Der letzte Diktator Europas ist der erste Freund der AfD in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich hoffe, das ist hinreichend beantwortet.

Präsident André Kuper: Es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, diesmal aus den Reihen der AfD.

Rodion Bakum (SPD): Nein.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Andreas Keith [AfD] und Prof. Dr. Daniel Zerbin [AfD])

– Herr Zerbin, ich komme jetzt zu Ihnen. Sie geben vor, sich für das Völkerrecht einzusetzen. Wenn Sie wirklich etwas für die Sicherheit in unserem Land und der Welt tun wollen, fangen Sie doch mit einer einfachen Maßnahme an: Lösen Sie den größten verfassungsfeindlichen Clan der Bundesrepublik auf, nämlich Ihre eigene Partei.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich ende in Anlehnung an die Worte des deutschen Dichters Darger Dan und benutze ganz bewusst lieber den Konjunktiv: Angenommen, meine Rede gipfelte in einem Aufruf, die Welt von den Faschisten zu befreien. – Ich ende mit einem entschlossenen „No pasarán – Sie kommen nicht durch!“

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von Andreas Keith [AfD] und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Präsident André Kuper: Herr Kollege, ich muss Sie für einen Teil Ihrer Rede rügen. In dem Moment, in dem Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fraktionen zitieren, verhalten Sie sich unparlamentarisch. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

(Andreas Keith [AfD]: Sie sollten sich schämen, andere Leute in den Fraktionen ... – Unruhe)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Eisentraut.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen der demokratischen Fraktionen!

(Andreas Keith [AfD]: Hinterbänkler!)

Die AfD ist eine Partei, die die Wissenschaft verachtet. An jeder Stelle, an der es möglich ist, richtet sie sich gegen einen Konsens in der Wissenschaft. Das geht von der Klimakrise bis hin zur COVID-Pandemie. Gleichzeitig führt sie sich als Verteidiger der Wissenschaftsfreiheit auf, weil sie sich darüber aufregt, dass ihr Wissenschaftler*innen widersprechen.

In NRW herrschen eine große Wissenschaftsfreiheit und eine hohe Wissenschaftsautonomie. Wollte eine Hochschule eine Professur, wie sie mit dem Antrag gefordert wird, einrichten, dann könnte sie das tun. Wir haben in NRW im Bereich der Kriminologie 42 Professuren. Das bedeutet: Gäbe es ein Problem, dann hätte es eine Hochschule bereits gelöst.

Für mich hat die Forderung des Antrags einen Beigeschmack. Mir scheint es, als solle das Privatangelegen eines Professors der Kriminologie aus der AfD befriedigt werden, sodass er sich auf diese Professur,

die er selbst schaffen will, wegbewerben kann. Einen solchen Antrag lehnen wir natürlich ab. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Vereinzelte Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Freimuth.

Angela Freimuth^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere von den Vorrednerinnen wurde schon auf die sehr differenzierte, vielfältige Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Deswegen erspare ich mir eine Bemerkung zu diesem Teil.

Lassen Sie mich aber gleichwohl feststellen: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Terror sind trotz der vielen entgegenstehenden Wünsche einer Mehrheit der Menschen traurigerweise niemals verschwunden. Es ließen sich beliebig viele Beispiele dafür nennen – die von Russland okkupierten Gebiete in der Ukraine, der grausame Terrorakt der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen Israel und Jüdinnen und Juden, der Südsudan oder der Jemen sind nur einige davon –, dass Mord, Folter und Vergewaltigung leider immer noch schreckliche Realität unserer Zeit sind.

Um Kriegsverbrechen zu dokumentieren sowie Täter zu ermitteln und anzuklagen, arbeiten Juristen, Forensiker und Kriminalbeamte supranational zusammen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass Kriegsverbrechen juristisch aufgearbeitet und geahndet werden können. Ausdrücklich hinzufügen möchte ich, dass sie auch weiterhin geahndet werden müssen.

In Deutschland leistet die Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen im Bundeskriminalamt in Zusammenarbeit mit der Generalbundesanwaltschaft ihren Beitrag zur Ermittlung von Kriegsverbrechen. Aktuell geschieht das zum Beispiel bei den Ermittlungen zu russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine in enger Kooperation mit den für die Verfolgung von Völkerstraftaten zuständigen War Crimes Units ausländischer Polizeibehörden sowie mit Euro und Interpol. Kurzum: Hochspezialisierte Fachleute aus verschiedenen Ländern ermitteln genau in diesem Moment, um die Täter von unmenschlichen Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen.

Die grundsätzliche Aufgabe eines Lehrstuhls, der Wissenschaft ist Forschung und Lehre und nicht die Ermittlung von Kriegsverbrechen. Die von der AfD geforderte Schaffung eines Lehrstuhls für Makrocriminalität würde die wirksamen Strukturen im Hinblick

auf die Ermittlungen und Sanktionierungen von Kriegsverbrechen kaum ergänzen, die bestehende wissenschaftliche Forschungslandschaft nach unserer Bewertung ebenfalls nicht.

Gleichwohl stimmen wir der Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Brandes.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden: Wir haben in Nordrhein-Westfalen Hochschulautonomie und Hochschulfreiheit. Darüber sind wir sehr froh. Diese werden wir mit allen Mitteln verteidigen.

Es ist auch schon darauf hingewiesen worden: Wir haben ein Netzwerk Kriminologie in Nordrhein-Westfalen, in dem zahlreiche Professorinnen und Professoren unserer Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften all die Themen bearbeiten, die im Antrag genannt sind. Darüber sind wir ebenfalls sehr froh.

Der Antrag ist daher im höchsten Maße verzichtbar. – In diesem Sinne wünsche ich einen schönen Abend.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin Brandes. – Für die AfD spricht ihr Abgeordneter Herr Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Jusos Leipzig solidarisieren sich mit der linksextremen Schlägerin Lina E.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Die Jusos fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes wegen der Einstufung von „Ende Gelände“ als linksextremistisch.

Frau Faeser schreibt einen Gastbeitrag im Antifa-Magazin der VVN-BdA, der größten linksextremistisch beeinflussten Organisation im Bereich des Antifaschismus.

(Zurufe von der SPD)

Die SPD-Vorsitzende Esken zählt sich zur Antifa.

Die Jusos solidarisieren sich mit der linksextremistischen Roten Hilfe.

(Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Jusos kritisieren das Verbot von „linksunten.indymedia“, die zur Gewalt aufrufen.

Mein lieber Herr Bakum, Sie können sich Ihre arrogante und herablassende Art gerne hinter den Spiegel stecken und einmal in den selbigen schauen, anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen. Sie haben in Ihrem Laden genug zu tun. – Danke.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos] – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Präsident André Kuper: Herr Wagner, Sie können sich vorstellen, dass die verwendete Wortwahl nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht. Daher muss ich Sie dafür rügen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Frau Eisentraut, bitte.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen! Einer Partei, von der drei Landesverbände als rechtsextrem eingestuft werden

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

und deren prägende Figur man einen Faschisten und Nazi nennen kann,

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

werden wir in diesem Haus nicht das letzte Wort geben. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/7212 an den Wissenschaftsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt irgendjemand nicht der Überweisungsempfehlung zu? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist die **Überweisung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

10 Zweites Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/6883